№ 34
№ 17
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 20. Januar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

30 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (in Ausn. d. Handelsteil): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600 — 26. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Fritz Thyssen verhaftet und von Soldaten abgeführt

Sechs Grubendirektoren vorgeladen und festgesetzt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b Essen, 20. Januar.

Die auf heute vormittag von der französischen Besatzungsbehörde in Bredeney geladenen Zechenvertreter Fritz Thyssen, Generaldirektor Tengelmann von den Essener Steinkohlenbergwerken, Generaldirektor Wüstenhöfer von dem Essener Bergwerksverein König Wilhelm, Generaldirektor Kesten von der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Direktor Spinder von den Stinnes-Zechen und Bergassessor Offe von den Mannesmann-Zechen wurden nach kurzer Verhandlung für verhaftet erklärt und von den Franzosen unter starker militärischer Bedeckung in der Richtung Düsseldorf abtransportiert.

Wegen der Verhaftung des Generaldirektors Tengelmann von den Essener Steinkohlenbergwerken haben sämtliche Beamte dieser Gesellschaft die Arbeit niedergelegt und sind in den Proteststreik getreten.

Zuspitzung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

J. E. Essen, 20. Januar.

Die Militärdiktaturen des Ruhrgebiets haben einen weiteren entscheidenden Schritt getan: sie haben, offenbar auf Pariser Weisung, die fünf Industriellen, gegen die zu Anfang der Woche die Kontrolle eines Gerichtsverfahrens eingeleitet wurde, für verhaftet erklärt und mit starker Bewachung nach Düsseldorf gebracht. Ihr Verbrechen besteht darin, daß sie sich weigern, einem ungesetzlichen Befehl einer fremden Macht zu gehorchen. Das Kriegsgericht gibt keine gerichtliche Handhabe für dieses Verfahren, das jedem Recht Hohn spricht. Fritz Thyssen und seine Gefährten gingen erhobenen Hauptes für ihr Vaterland ins Gefängnis.

Inzwischen marschieren immer mehr Truppen ins Land, neue Nachschübe laufen ständig ein. Je hilfloser und tatenloser die Zugenieure der Lage gegenüberstehen, desto mehr treten die Militärs hervor, die nach der Parole handeln: „Was befohlen ist, wird gemacht."

Dieses Gewaltregiment führt zu einer Zuspitzung. Zu der Zeit, als man zu der Verhaftung Thyssens und seiner Gefährten schritt, verhandelte eine Kommission der Arbeiter und Angestellten der staatlichen Bergwerke in Düsseldorf, um die Forderungen der gesamten Belegschaft aller Staatsgruben durchzusehen. Sie verlangen sofortigen Abzug der Truppen von den Zechen, Freilassung der verhafteten Beamten und Aufhebung der Beschlagnahme. In Erwartung des Ergebnisses der Verhandlungen sind die Bergleute heute in allen Staatsgruben eingefahren, obwohl erneut Truppen auf der Zeche Westerholt erschienen, die die Kohlengrenzdirektion sowie die Kokerei besetzten und weitere Beamte mit Verhaftung bedrohten. **Bei der Stimmung der Belegschaft bedeutet die Nichterfüllung der erwähnten Forderungen den Streik.** Die Besetzung einer Privatgrube, der Zeche der Gute Hoffnungshütte in Sterkrade hat bereits dort zur Arbeitseinstellung geführt

Nicht minder erregt ist die Stimmung der Eisenbahner. Die Anordnungen des Reichsverkehrsministers werden streng befolgt. Der Transport und die Umkartierung der „beschlagnahmten" Kohlen wird abgelehnt. Kein beschlagnahmter Kohlenzug ist bisher über die Westgrenze gegangen. Die Besetzung eines Stellwerks bei Recklinghausen mit Maschinengewehren wurde mit Arbeitseinstellung beantwortet. Um die Mittagsstunde ist auch die Verhaftung der beiden leitenden Beamten des Telegraphenamtes, Jünger und Dehme, erfolgt. Das trägt die Beunruhigung und Störung auch in den Drahtverkehr.

Trotz aller Einflüsse werden die Kohlenzüge auch heute glatt in das unbesetzte Gebiet durchgeführt. Die geschlossene Haltung der breiten Massen der Arbeiter und Beamten ist geradezu imposant. Dabei machen die politischen Arbeiter keine Ausnahme. Ein politischer Betriebsrat, den amerikanische Journalisten gestern aufsuchten, äußerte sich mit nicht geringerer Entschiedenheit als alle seine Kollegen.

Dasselbe Bild ergibt sich bei den Banken. Die militärische Besetzung der Reichsbank, eine sinn- und zwecklose Demonstration, veranlaßte die gesamte Beamtenschaft der hiesigen Reichsbankstelle, die Arbeit unter Bajonetten zu verweigern. Die anderen Banken schlossen sich diesem Vorgehen sofort an. Diese ganze Bankenbesetzung ist eine Groteske.

Um die Erbitterung noch weiter zu steigern, erschoß gestern abend ein französischer Posten, der zusammen mit Kameraden das Armisgerichtsgebäude bewachte, einen Krankenwärter, der nicht auf den ersten Anruf stehen blieb. Der Regimentskommandeur erklärte dem Bürgermeister achselzuckend, er bedauere zwar den Vorfall, der Soldat habe aber „durchaus nach seinen Instruktionen" gehandelt. Fast an jeder Ecke steht ein Doppelposten mit solchen Instruktionen! Das ist die friedliche Besetzung.

Auf dem Gebiet der ökonomischen Kriegführung, die jeder Rechtsgrundlage entbehrt, ist die Einführung der Ausfuhrkontrolle zu verzeichnen, die zusammen mit der „Devisenerfassung" das Wirtschaftsleben noch mehr erschwert, als es ohnehin durch die Besetzung geschieht. Das alles ändert nichts an der Haltung aller Kreise der Bevölkerung, deren Entschlossenheit, Ruhe und Kaltblütigkeit über alles Lob erhaben ist.

Geschlossene Abwehr.

Eine Kundgebung der Sozialdemokratie.

Der Sozialdemokratische Parteivorstand hatte, wie der „Vorwärts" mitteilt, zu gestern die Fraktionsvorstände des Reichstages und des Preußischen Landtages zu einer Konferenz eingeladen, an der auf Wunsch des Parteivorstandes auch Vertreter des A. D. G. B. und des Afa-Bundes teilnahmen. In der Konferenz ergab sich eine vollständige Uebereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige gefahrdrohende Situation ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordere, und daß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches ins Ruhrrevier durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und daß alles unterbleiben müsse, was geeignet sei, die Abwehr zu stören und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter legen entscheidendes Gewicht darauf, daß die Regierung schon im Vorbereitungsstadium über alle Maßnahmen die Meinung der Arbeitervertreter sowohl aus den zentralen Körperschaften wie insbesondere aus dem Ruhrrevier einholt. Die Trennungslinie gegen die nationalistischen Elemente, welche den Rechtsbruch Frankreichs zu einer neuen allgemeinen Völkerverhetzung ausnützen oder zu Unbesonnenheiten aufpuschen, soll in aller Schärfe gezogen und der Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortgesetzt werden.

*

Die Taktik, die die französischen Generale im Ruhrgebiet einschlagen, beweist, daß man in Paris gehofft hat, die geschlossene deutsche Abwehrfront zu durchbrechen, wenn man die Arbeiter durch Zuckerbrot zu gewinnen suche. Die vorstehende Kundgebung der sozialistischen Fraktionen, des Parteivorstandes und der Gewerkschaften ist die Antwort darauf und eine Betätigung der Haltung, die seit dem ersten Tage des Ueberfalls die Bergarbeiter im Ruhrgebiet eingenommen und bewahrt haben. In der Abwehr der französischen imperialistischen Pläne im Ruhrgebiet bilden alle deutschen Parteien, unbeschadet aller innerpolitischen Gegensätze, eine Einheit.

Die neue Bahnkontrolle.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

b Essen, 20. Januar.

Die neuen französischen Kontrollvorschriften für den Eisenbahnverkehr treten erst allmählich in die Erscheinung. Die Beschlagnahme von Kohlenzügen durch die Franzosen hat auch bisher keinen großen Erfolg gehabt. Ein aus beschlagnahmten beladenen Kohlenwaggons zusammengesetzter Zug von 71 Wagen ist zwar von Weddau aus westlich geleitet worden, aber schon im Opladen wieder liegengeblieben. Ein Kohlenzug, den die Franzosen neuerdings auf der Station Marten anhalten wollten, ist von dem Lokomotivführer in schnellem Tempo durch die französische Kontrolle hindurch gefahren worden. Bisher ist tatsächlich kein einziger Waggon der beschlagnahmten Kohlenzüge nach Frankreich gelangt. Das Eisenbahnpersonal weigere sich überall, den französischen Anordnungen nachzukommen.

Ueber französische Truppenbewegungen wird heute gemeldet, daß heute zwei neue Transportzüge von Oberhausen nach Westerholt unterwegs seien. Sie sind zur Verstärkung der auf den staatlichen Zechen konzentrierten Truppen bestimmt.

Wiederbesetzung der Staatszechen.

Eindringen ins Mülheimer Kohlenkontor.

Essen, 20. Januar. (W. T. B.)

Die Wiederbesetzung der staatlichen Zechen durch französische Truppen hat begonnen. Zeche „Bergmannsglück" ist bereits besetzt. Kokerei und Kohlengrenzdirektion sind mit Beschlag belegt. Zu den übrigen Gruben befinden sich Truppen im Anmarsch. Der gestern verhaftete Oberbergrat Ahrens und der verhaftete Kohlengrenzdirektor Kesten sind nach Essen geschafft worden. In Mülheim a. d. Ruhr ist eine Kommission der Besatzungsbehörde in das Kohlenkontor eingedrungen und hat die Herausgabe der statistischen und der Verzeichnisse verlangt. Die Beamten lehnten das Verlangen ab und traten sofort in den Streik. Zurzeit befindet sich die Kommission noch auf dem Kohlenkontor und verhandelt mit den Direktoren.

Das Ringen um die Schächte.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b Essen, 20. Januar.

Die Haltung der Gewerkschaften der staatlichen Gruben hat die französische Besatzungsbehörde heute veranlaßt, die Truppen von den Möller- und Rheinbaben-Schächten ganz zurückzuziehen und auch die festgenommenen Beamten der Versandabteilung wieder freizulassen. Daraufhin haben die Bergleute der Möller-Schächte heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Neuerdings ist aber die Belegschaft der Zeche Sterkrade, der Gute Hoffnungshütte in den Ausstand getreten, weil eine französische Truppenabteilung auf dem Zechenplatz ihre Wagen aufgestellt hat. Die Truppen selbst, drei belgische Kompagnien, lagern in der Nähe der Zeche. Die Bergleute erklärten, daß sie unter den Bajonetten der Belgier nicht arbeiten würden. Sowohl die gestrige Nachtschicht wie die heutige Frühschicht sind infolgedessen nicht angefahren. Es wurden nur die dringendsten Notstandsarbeiten verrichtet.

Heute hat sich eine Abordnung der Belegschaft der staatlichen Zechen nach Düsseldorf begeben, um dort bei der französischen Besatzungsbehörde ihr Verlangen auf Freigabe der von den Franzosen noch in Haft gehaltenen Leiter der staatlichen Zechen, Geh. Oberbergrat Reisseisen und Oberbergrat Ahrens, vorzubringen. Die französischen Behörden haben befohlen, daß von heute ab die Kohlensteuer an die Besatzungsbehörde abzuführen ist. Wer dem Befehl nicht nachkommt, wird von den Franzosen mit Gefängnisstrafe und schwerer Geldstrafe bedroht.

Die Abwehr der Banken.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

J. E. Essen, 20. Januar.

Heute vormittag 10 Uhr haben sämtliche Essener Bankinstitute und Bankfilialen einstimmig beschlossen, ihre Geschäftsräume geschlossen zu halten, solange die Reichsbank unter militärischer Gewalt steht. In Voraussicht dieses Beschlusses hatten die Banken ihre Räume überhaupt nicht geöffnet.

Man nimmt an, daß die Vermittlungsverhandlungen, die von der Stadt und der Handelskammer eingeleitet sind, dazu führen werden, daß die militärische Besetzung der Reichsbank heute vormittag wieder aufgehoben wird. In diesem Falle würden auch die übrigen Banken wieder öffnen. Als die Reichsbankbeamten heute früh an ihren Arbeitsstätten erschienen, fanden sie dort eine Bewachung von 25 Mann vor unter Führung eines Majors. Sie erklärten, daß sie unter fremden Bajonetten nicht arbeiten würden, und diesem Beschluß haben sich die Banken, die ohne den Giroverkehr der Reichsbank auch schwer arbeiten können, angeschlossen.

Italiens Schritt in London.

Gegen weitere Zwangsmaßnahmen.

London, 19. Januar. (Reuter.)

Die italienische Regierung hat Schritte unternommen, um der britischen und der französischen Regierung darzulegen, daß Italien die Lage an der Ruhr als eine höchst gefährliche ansehe. Obwohl Italien nicht die Rolle eines Vermittlers übernommen habe, so habe es doch ausdrücklich vorgeschlagen, daß irgendwelche weiteren Zwangsmaßnahmen nur nach reiflicher Ueberlegung ergriffen werden sollten.